

# Der Bote vom Geising

Ercheint wöchentlich dreimal:  
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags.  
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“.  
Monatsbeilage:  
„Rund um den Geisingberg“.

## Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat  
1,25 RM. mit Zutrugen.  
Anzeigen: Die 4 gespaltene 65 mm breite Korpus-  
zeile oder deren Raum 20 Pf., die 86 mm breite  
Reklame- u. Eingeladenezeile od. der. Raum 40 Pf.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und Umgegend.

In diesem Blatte erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein.  
Druck und Verlag: F. A. Kungisch, Altenberg. — Verantwortliche Schriftleitung: I. V. Werner Kungisch, Altenberg. — Fernspr. Lauenstein 427. — Postfach Dresden 11811. — Gemeindegroßkonto Altenberg 11

Nr. 95.

Donnerstag, den 15. August 1929.

64. Jahrg.

### Der Kauf deutscher Erzeugnisse ist Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Nach den letzten Feststellungen hat sich der Stand der Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht mehr weiter gebessert. Unverändert finden nach offizieller Statistik über eine Million Deutsche keine Beschäftigung, wozu noch bemerkt werden muß, daß die offiziellen Zahlen der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung natürlich nicht die ganze Arbeitslosigkeit des deutschen Volkes wiedergeben, daß die Not der Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit noch viel größer und drückender ist.

Wie weiterhin bekannt wird, rechnet man in amtlichen Kreisen für die fernere Zukunft mit einer

#### ständigen Arbeitslosigkeit von 1,1 Millionen Menschen,

eine Zahl, die selbstverständlich ebenfalls ihrer Korrektur nach oben hin bedarf.

Angesichts dieser furchtbaren, durch den Friedensvertrag verursachten Not, die beispiellos in der Geschichte da steht und die Unhaltbarkeit einer Welt und Völkerordnung zeigt, wie sie durch die Verträge von Versailles festgelegt wurden, hat jeder Deutsche die Pflicht, das Seine dazu beizutragen, um den hunderttausenden arbeitslosen Volksgenossen zu helfen, soweit er nur irgendwie zu helfen in der Lage ist.

Und es kann jeder mithelfen!

Wenn man nach Sachverständigenberechnungen einmal annimmt, daß

#### die Einfuhr ausländischer Fertigfabrikate in Höhe von je 3000 bis 4000 R.-Mk. einen Deutschen arbeitslos macht,

so kann man sich ungefähr die Verwüstungen vorstellen, die eine Einfuhr von 14 Milliarden Mark — wie im Jahre 1918 — auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete im deutschen Volke anrichtet. Denn in der ausländischen Ware steckt natürlich der Lohn für den ausländischen Arbeiter, der dem deutschen somit verlorengeht und ihm Brot und Verdienst nimmt. Aus diesem Grunde heraus wehren sich denn auch die fremden Völker verzweifelt gegen jede übermäßige Ausfuhr von außerhalb, wehren sich auch insbesondere unsere früheren Kriegsgegner gegen die deutschen Sachlieferungen. Man hat ausgerechnet, daß jedes ausländische Automobil fünf deutsche Arbeiter brotlos macht. Nach Berechnungen der Textilindustrie macht die Einfuhr englischer Stoffe in Deutschland mehrere Millionen Arbeitstage aus, um die die deutsche Arbeiterkraft betrogen wird, weil die deutsche Herrenwelt es für notwendig hält, in englischen Stoffen herumzulaufen. Die Arbeiterkraft der deutschen Schuhindustrie ist zu einem großen Teile ohne jede Beschäftigung oder muß kurzarbeiten, weil das deutsche Volk in steigendem Maße Schuhe des schweizerischen Großfabrikanten und Sozialreaktionärs Bata bezieht. Ähnlich verhält es sich mit einer ganzen Anzahl anderer Industrien: überall macht die ausländische Ware mehr oder weniger arbeitslos und vermehrt dadurch das Unglück, das über Deutschland schwebt; vermehrt es übrigens auch noch dadurch, daß sie die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft verschärft, dadurch wiederum zu Abzahlkrediten, Arbeiterentlassungen führt usw.

Mit Sorge schreibt ein Arbeitsloser im Freiburger Anzeiger:

„Ja, es ist bittere Wahrheit, daß durch die vielen Käufe von Auslandsprodukten die Geschäfte bezw. Arbeiter furchtbar geschädigt werden. Es ist ein Jammer, arbeitslos zu sein, und die paar Pfennige Unterstützung reichen kaum zum Alltagsnotdürftigen. Ich selber, 50 Jahre alt, bekomme mit Frau pro Woche 14 M. Davon geht Miete, Heizung usw. ab. Die Frau selbst kann nichts verdienen, da immer kranklich. Darum ihr alle, die ihr mit Glücksgütern gesegnet seid, oh, denkt auch einmal an uns, an die Klein-, Sozialrentner, Arbeitslosen usw.“

Beherzigt die ernste Mahnung, kauft deutsche Waren, deutsche Erzeugnisse, und dadurch wird für uns Arbeit und Brot! Seid eingedenk der furchtbaren Lasten, die das deutsche Volk zu tragen hat, und wer hat uns diese Lasten auferlegt? Oh, denkt daran und kauft deutsche Erzeugnisse!“

Dieser eindringlichen Mahnungen sollte sich jeder Deutsche ununterbrochen erinnern. Ganz besonders gilt sie aber den deutschen Frauen, die für die Not ihrer Mit-

menschen doch stets ein besonders mitfühlendes Herz haben und durch deren Hände der größte Teil des deutschen Volkvermögens beim Einkaufe von Waren geht.

### Deutsche Kabinettsitzung im Haag über die Reform der Arbeitslosen-Versicherung.

Die Reichsminister Severing und Wissell sind wieder aus dem Haag abgereist, nachdem sie die Frage der Ar-

beitslosenversicherung mit den dort weilenden Kabinettsmitgliedern durchgesprochen haben. Die Besprechung ergab die Ansicht, daß die Beratungen des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages gefördert werden müssen und daß ihm eine Kabinettsvorlage unterbreitet werden muß. Um dieses Material vorzubereiten, ist eine Besprechung der fünf Fraktionsführer der Koalitionsparteien vorgelesen. Dann wird das Kabinett zusammentreten und eine Vorlage ausarbeiten.

## Wir sollen neue Opfer für die Räumung bringen

### Der Reichswirtschaftsminister spricht im Haag.

Die Vermutung, daß das unnachgiebige Verhalten des englischen Schatzkanzlers auf der Haager Konferenz nur einer persönlichen Verärgerung oder seiner Nervosität zuzuschreiben gewesen sei, hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Zwar ist eine Verständigung zwischen Snowden und Chéron erfolgt, und der erstere hat mit Bedauern sich wegen seiner fränkenden Äußerungen entschuldigt, im Prinzip ist aber Snowden in seiner bisherigen Stellung durch seine Regierung und sein Land bestärkt worden.

Ein Telegramm, das der englische Premierminister Macdonald an ihn geschickt hat, besagt, daß die Finanzkommission einen sehr ernsten Fehler mache und daß die Aussichten für eine baldige Lösung sofort Schiffbruch leiden müßten, wenn man sich nicht endlich dazu verfolge, den Bericht der Sachverständigen zu revidieren, um den rechtmäßigen Forderungen Englands entgegenzukommen. „Alle Parteien und Gruppen des Landes, ohne Ausnahme, unterstützen die Sache, die Sie führen, jede Zeitung steht hinter Ihnen, und alle Parteien im Hause unterstützen Sie ebenfalls.“

Die Erwartungen also, die man auf ein persönliches Eingreifen Macdonalds für eine Änderung des englischen Verhaltens gesetzt hatte, dürften nicht in Erfüllung gehen. Nach der formellen Beilegung des Konfliktes Snowden-Chéron tagte der Finanzausschuß wieder am Montag vormittag und behandelte ausschließlich die Frage der Sachlieferungen. In der Aussprache haben der

#### Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

und der italienische Sachverständige und Abgeordnete Pirelli das Wort ergriffen. Minister Curtius hat in einer groß angelegten frei gehaltenen Rede den Standpunkt der deutschen Regierung zu den bisherigen Aussprachen im Finanzausschuß dargelegt. Minister Dr. Curtius trat für die Beibehaltung des Youngplanes ein und betonte unter Hinweis auf die Reden der Gläubiger von angeblichen schweren Opfern, daß Deutschland die allerschwersten Opfer gebracht hat. Die gleichen Industriezweige, die in England nothleidend seien, litten auch in Deutschland Not. Dazu habe Deutschland noch eine hart kämpfende Landwirtschaft, wie es auch mit dem Rückgang seines Anteils am Weltmarkt von 12,7 Prozent 1913 auf 8,7 Prozent 1927 weit schlimmere Verluste zu beklagen habe, als irgend eine andere Macht. Man solle deshalb im Haag nicht wie an einem Opferaltar Klagelieder anstimmen, sondern praktische Arbeit leisten.

Zum Schluß seiner Rede gab Minister Dr. Curtius der Erwartung Ausdruck, daß Deutschland keine neuen Zumutungen im allgemeinen und im besonderen hinsichtlich der Sachlieferungen gestellt würden, die über die Opfer hinausgingen, welche der Youngplan von Deutschland fordere.

### Französisch-englische Einigung auf deutsche Kosten?

Die Verhandlungen hinter den Kulissen zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen England und Frankreich in der finanziellen Frage wurden am Dienstag vormittag mit verstärkter Energie weitergeführt. Die französische Abordnung zeigt eine gewisse Verständigungsbereitschaft gegenüber England, offenbar in der Voraussetzung, daß man auf der englischen Seite wesentliche

politische Zugeständnisse in der Rheinlandräumungsfrage machen wird. Die nächsten Tage werden jedenfalls auf deutscher Seite eine sehr genaue Beobachtung der hinter den Kulissen sich abspielenden Verhandlungen notwendig machen. Die Gefahr einer Verschlechterung des Youngplanes im Falle einer französisch-englischen Verständigung zu Lasten der deutschen Interessen ist nicht mehr von der Hand zu weisen.

### Frankreich erwartet für die Räumung die Übernahme der Besatzungsschäden.

Die privaten Besprechungen, die außerhalb der Konferenz zwischen den Ministern der vier Besatzungsmächte abgehalten wurden, dauerten am Dienstag 1 1/2 Stunden. An der Besprechung nahmen Stejemann, Wirth, Briand, Henderson und Hymans teil. Zur Verhandlung sind am Dienstag zwei Gesichtspunkte gelangt:

1) Der Endtermin der Räumung (Festsetzung des letzten Tages der Besetzung).

2) Die mit der Räumung im Zusammenhang stehenden finanziellen Fragen. Hierfür sollte auf Wunsch der Gegenseite zunächst ein Unterausschuß aus militärischen und finanziellen Sachverständigen einberufen werden. In der Ministerbesprechung ist jedoch der Gedanke erwogen worden, auf sämtliche Sachverständige zu verzichten und die mit der Räumung zusammenhängenden finanziellen Fragen unmittelbar zwischen den Mächten zu erledigen.

Von den Besatzungsmächten ist in der Besprechung zugesagt worden, daß im Laufe dieser Woche endgültig Mitteilungen über den Endtermin der Räumung gemacht werden. Es wird angenommen, daß die Generalkommissäre der Besatzungsmächte bereits seit längerer Zeit die Pläne für die Durchführung der Räumung ihren Regierungen eingereicht haben.

Obwohl die Dinge, was den Räumungstermin anbelangt, eine etwas schnellere Entwicklung zu nehmen scheinen, taucht für die Räumung ein höchst sonderbares neues Hindernis auf. Die Alliierten machen nämlich die Räumung auch noch von der Regelung der Besatzungsschäden abhängig. Es handelt sich bei diesen Schäden um bis 1. September 1929 aufgelaufene Forderungen von Hunderten von rheinischen und pfälzischen Städten und Gemeinden, für die seit Jahren das Reich finanziell eintreten mußte, ohne daß sich die Besatzungsmächte zu ihrer Begleichung verstanden hätten. Es handelt sich um die Schädigung und Wiederinstandsetzung von öffentlichen Gebäuden, Häusern, Schulen usw. Die Schäden belaufen sich insgesamt, soweit es sich übersehen läßt, auf eine dreistellige Millionenanzahl, da das Reich schon seit Jahren diese Entschädigungen zu tragen hatte. Bei den Alliierten besteht noch immer wenig Neigung, diese Summe zu übernehmen, und um dieser Forderung zu entgehen, stellen sie nunmehr das Ansehen an das Reich, „eine große Geste zu machen“ und entweder teilweise oder ganz auf diese Forderungen zu verzichten. Davon kann für das Reich natürlich keine Rede sein, da es hieße, neue Lasten zu den Lasten des Youngplanes hinzuzufügen.

Von englischer und französischer Seite wird erklärt, Deutschland gewinne durch die vorzeitige Räumung der dritten Zone große Vorteile und könne daher auf seine Forderungen aus den Besatzungsschäden verzichten, eine Auffassung, die auf deutscher Seite in keiner Weise geteilt